

## **Liberaler Energiepolitik ist offen für ALLE Technologien**

Die FDP Baden-Württemberg bekennt sich klar zu einer Energiepolitik ohne Bevormundung, Denkverbote oder Bevorzugung einzelner Technologien. Dabei müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen.

Sämtliche gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger müssen die Chance bekommen, sich marktwirtschaftlich behaupten können und eine sichere Energieversorgung gewährleisten. Voraussetzung hierfür ist, dass alle Technologien gleichermaßen volkswirtschaftlich betrachtet werden und der komplette Prozess von der Rohstoffgewinnung über den Betrieb bis hin zum Umgang mit Rückständen und verschlissener Infrastruktur wahrhaftige Berücksichtigung finden. Daher lehnen wir auf nationaler und auf Ebene der Europäischen Union jede technische Beschränkung zur Treibhausgasreduzierung ab und treten für einen Verzicht auf Subventionen für einzelne vermeintliche Vermeidungstechnologien ein.

Als globales Klimaschutzinstrument um einen fairen Wettbewerb der Ideen zu erreichen, muss der Emissionenhandel<sup>1</sup> weiterentwickelt und weitere internationale Kooperationspartner gewonnen werden. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf den Mechanismus „Cap-and-Trade“ (Deckeln und Handel treiben) mit verbindlichen Emissionsgrenzen zu legen. Außerdem müssen alle Emissionsverursacher berücksichtigt werden. Eine Eingrenzung auf einzelne Industriezweige ist weder marktwirtschaftlich, noch ökologisch begründbar – eine Tonne CO<sub>2</sub> aus dem ÖPNV ist nicht minder schädlich, als eine Tonne CO<sub>2</sub> aus einem Fabrikschornstein.

Der Emissionenhandel ist industrie- und technologieoffen und schafft marktwirtschaftliche Anreize für effiziente und kreative CO<sub>2</sub>-Vermeidungstechnologien. Im Gegensatz zu Politikern entscheiden Ingenieure, Betriebswirte, Naturwissenschaftler und auch Kunden ausschließlich anhand der Effizienz von Ressourceneinsatz und der tatsächlichen Emissionsvermeidung oder sogar –reduzierung aus der Atmosphäre ohne dabei durch ideologische Scheuklappen eingegrenzt zu werden. So werden Emissionen da eingespart, wo es am sinnvollsten ist.

Der Innovations- und Forschungsstandort Deutschland (und Baden-Württemberg im speziellen) kann nur dann weiter an der Weltspitze konkurrieren, wenn Universitäten, Instituten, Entwicklungsabteilungen und Gründern keine unnötigen Auflagen durch überbürokratisierte Verwaltungsprozesse und Begrenzungen auf bestimmte Forschungsrichtungen auferlegt werden. Dabei sollte der Fokus nicht auf Treibhausgasen beschränkt sein, sondern alle Innovationen zum Klimaschutz, etwa auch optimiertes Recycling oder Verminderung von Rohstoffeinsatz, gleichsam fördern. Nur wenn wir den Klimawandel als internationale gesamtgesellschaftliche Herausforderung betrachten, können wir die Ziele von Paris erreichen.

### **Begründung:**

Die Folgen der andauernden Subventionen haben im Strombereich mehrere hundert Milliarden € Kosten verursacht ohne eine adäquate Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bewirkt zu haben. Dieses Beispiel wirkt abschreckend auf andere Länder, deren Mitarbeit beim Kampf gegen den Klimawandel unerlässlich ist.

---

<sup>1</sup> Emission = Ausstoß in die Umwelt

Die vom EEG geförderten Technologien (Windkraft und Solarenergie) sind zudem fast komplett aus Deutschland nach Asien ausgewandert, da die Subventionierung der Hersteller den für Innovationen und Produktivitätszuwachs wichtigen Wettbewerbsdruck unterdrückt hat.

Das IPCC (Weltklimarat unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen) führt in seiner Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger aus:

„...es gilt, dass, wenn ein „cap-and-trade“-System eine verbindliche Obergrenze hat (ausreichend stringent, um emissionsbezogene Entscheidungen zu beeinflussen), andere Maßnahmen wie Subventionen für Erneuerbare Energien keine weiteren Auswirkungen auf die Emissionsminderung innerhalb des Zeitraumes haben...“  
Trotz der Warnung des IPCC und den Erfahrungen bei der Stromwende, macht der Vorschlag des Klimaschutzprogrammes die gleichen Fehler.

Die Erfahrung mit den EEG-Subventionen im Stromsektor belegen, dass der Emissionshandel sich mit technologie-spezifischen Subventionen nicht verträgt. Sie verursachen nicht nur unnötig hohe Kosten, sondern verhindern auch das Entstehen neuer und kreativer CO<sub>2</sub>-Vermeidungstechnologien, wie sie unter dem alleinigen Regime eines Emissionshandels entstehen können. Subventionen fördern spezifische Technologien, über die Politiker entscheiden, die dabei auf Informationen über die potenzielle Emissionsvermeidung einer Technologie von deren Lobbyisten angewiesen sind.

Sogar Vertreter von Versorgungsunternehmen, die in erneuerbare Energien investieren wollen, beklagen die Vielzahl komplizierter Subventionsregelungen, so dass Projekte praktisch immer hohe Zusatzkosten für Anwälte und Berater verursachen.